



Walter Hallstein- Institut

für Europäisches Verfassungsrecht

Tätigkeitsbericht 2017

Humboldt-Universität zu Berlin

☆ **Inhaltsverzeichnis** Seite
 ☆ ☆ ☆

1. Einleitung	1
2. Zielsetzung des Instituts	2
3. Aufbau des Instituts und Erweiterung der Kooperation	3
Leitung, Mitarbeiter und Unterstützung.....	3
Förderverein	4
Die Walter Hallstein-Bibliothek.....	4
Die Webseite des WHI	5
Das European Constitutional Law Network (ECLN)	5
Die Kooperation im Projekt „Wir sind Europa“	6
4. Forum Constitutionis Europae (FCE).....	8
5. Werkstattgespräche.....	11
6. DFG- Forschungsprojekt	13
7. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI.....	14
Prof. Dr. Dres. h. c. Ingolf Pernice.....	14
Prof. Dr. Matthias Ruffert.....	15
Dr. Angela Schwerdtfeger.....	15
Dr. Enrico Peuker.....	15
Moritz Schramm	15
8. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht/ WHI- Papers.....	16
9. Internationaler Austausch, Doktoranden und Habilitanden	16
10. Beteiligung an der Lehre	17
Model European Union Conference (MEUC).....	18
Seminar: Die Europäische Union als parlamentarische Demokratie	19
11. Kontakt.....	21

☆ **1. Einleitung**
 ☆ ☆ ☆

Was für ein Jahr für das WHI! In der Tat: das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht ist 20 Jahre alt geworden. Es feiert sich mit seinen Aktivitäten, von der großen Rede des später zum französischen Präsidenten gewählten *Emmanuel Macron* über zwei Habilitationen bis hin zum Brüssel-Seminar zur Europäischen Union als parlamentarischer Demokratie. Werfen Sie einen Blick in diesen Bericht, um sich einen Eindruck zu verschaffen!

Auf zwei Entwicklungen möchte ich aber gesondert hinweisen:

- In der Planung beginnend mit 2017 sind die beiden Redereien neu aufgestellt worden, ohne Bewährtes aufzugeben. Die Humboldt-Reden werden nun im Projektverbund „Wir sind Europa!“ von der Stiftung Mercator gefördert. Hier ist das große Redeformat – Staats- und Regierungschefs, Präsidenten der Europäischen Institutionen und auch europäische Gerichtspräsidenten – aber eben auch Minister oder Richter europäischer Höchstgerichte. Das Forum Constitutionis Europae nimmt künftig einen noch stärker diskursiven Charakter an.
- Über 2.100 Bände der Bibliothek sind inventarisiert und in der Datenbank erfasst worden. Aufmerksam-kritische Leser der Institutsberichte merken sogleich, dass im letzten Bericht von 5.772 Bänden die Rede war. Ich kann Sie beruhigen: Der (gar nicht mehr so) neue Institutsdirektor hat nicht einfach mehr als die Hälfte des Bestandes einer privaten Nutzung zugeführt. Vielmehr wurde die Datenbank um Dubletten bereinigt und die Erfassung einzelner Aufsätze eingestellt bzw. in eine Sicherungsdatei ausgelagert.

Die Europäische Union ringt auch 2017 mit ihrer Zukunft - ob Weißbuch-Prozeß, Brexit oder Flüchtlingskrise. Dabei ist auffallend, dass nun auch die Stimmen Gehör finden, die auf die Errungenschaften der Europäischen Integration hinweisen. Mit dem Brexit hat das plumpe "EU-bashing" in der politischen Mitte nachgelassen, und das ist gut und richtig so. Die Suche nach konstruktiven Lösungen rückt stärker in den Mittelpunkt. Hier ist erneut *Emmanuel Macron* zu erwähnen, der in einer weiteren Rede, diesmal an der Pariser Sorbonne, ganz konkrete Vorschläge gemacht hat. Die Perspektive, diese mit einer deutschen Regierung umzusetzen, fällt aufgrund der endlos langen Regierungsbildung in Deutschland leider nicht mehr in den Berichtszeitraum. Aber auch außerhalb der großen Politik hat sich der europäische Gedanke neuen Raum verschafft. 2017 ist das Jahr der Pulse of Europe-Bewegung mit großen Kundgebungen auch in unmittelbarer Nähe der Fakultät auf dem Gendarmenmarkt in Berlin. All' diese positiven Signale nimmt das WHI in seiner Arbeit natürlich gerne auf.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich sehr herzlich für ihre Unterstützung! Herrn *Anton Sauder* bin ich für die Redaktion dieses Berichts sehr dankbar. Besonderer Dank aber gebührt den Mitgliedern des Fördervereins und seinen Spendern. Ohne sie wäre die Institutsarbeit undenkbar.

Berlin, im April 2018

Matthias Ruffert

2. Zielsetzung des Instituts



Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (WHI) wurde im Oktober 1997 gegründet. Ziel bleibt primär die Erforschung und Diskussion der Grundlagen, Strukturen und Inhalte einer europäischen Verfassungsordnung auf verfassungsvergleichender Basis. Die Erweiterung auf das Thema des „Global Constitutionalism“, wie sie sich u.a. im DFG-Graduiertenkolleg „*Verfassung jenseits des Staates. Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft*“ von 2006-2015 dokumentierte, kommt schrittweise hinzu. Der Forschung hierzu dient auch die Beteiligung von Prof. Pernice an der Gründung des Alexander von Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft (2012, www.hiig.de), in dem er als Forschungsdirektor den Bereich „Global Constitutionalism and the Internet“ leitet. Ziel ist dabei notwendig auch die Vernetzung von Forschung und Diskurs zum europäischen Verfassungsrecht. Ihr dient seit 1998 das von Prof. Pernice koordinierte Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Instituten auf dem Gebiet des europäischen Verfassungsrechts, das „European Constitutional Law Network“ - ECLN. Dank des Einsatzes des Internets gelang es, den europa-, ja weltweiten Diskurs zur Entwicklung des europäischen Verfassungsrechts zu intensivieren. Ziel ist schließlich, die in Forschung und Netzwerkarbeit erlangten Erkenntnisse wirksam in die Öffentlichkeit und die politische Praxis zu transferieren, die Europäische Union so verständlich zu machen und Anregungen zu geben für ihre Weiterentwicklung. Mit der Forschungstätigkeit von Prof. Ruffert treten nun auch Bereiche des europäischen Verwaltungsrechts hinzu. Die Integration von Theorie und Praxis wird durch praxis- und politikorientierte Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt gefördert, die hierzu geschaffenen Formate der Humboldt-Reden zu Europa (HRE), des Forum Constitutionis Europae (FCE) und der WHI-Werkstattgespräche haben sich inzwischen in Berlin gut etabliert.

3. Aufbau des Instituts und Erweiterung der Kooperation

Das Walter Hallstein-Institut ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Es stützt sich auf drei Säulen: Die erste Säule ist eine Spezialbibliothek zum vergleichenden Verfassungs- und Europarecht (Walter Hallstein-Bibliothek). Die zweite Säule ist der Internetauftritt (<https://plone.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/whi/index.html>), in dem es darum geht, aktuelle europäische Themen aufzugreifen, die Reden der Reihen HRE und FCE sowie Materialien von renommierten Wissenschaftlern zu veröffentlichen und über Neuigkeiten des Instituts zu informieren. Eine dritte Säule des Instituts ist die internationale Kooperation im Rahmen des European Constitutional Law Network (ECLN), das mit wissenschaftlichen Symposien, Projekten und Materialien in einem eigenen Internetangebot (www.ecln.net) die europäische Forschung zum Verfassungsrecht unterstützt.

Das Institut hat keine eigene Rechtspersönlichkeit und stützt sich im Wesentlichen auf das Personal des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht der juristischen Fakultät, dessen Räume auch für das WHI genutzt werden. Die WHI-Bibliothek ist allerdings ein Raum der Fakultät. Das Institut hat kein eigenes Personal und finanziert sich über einen Förderverein, über Spenden diverser privater Stiftungen und durch Drittmittel. Eine Anschubfinanzierung durch die Europäische Kommission half, das Institut zu etablieren.

Leitung, Mitarbeiter und Unterstützung

Direktor des WHI war seit der Gründung im Jahre 1997 bis März 2016 Prof. Dr. Dres. h.c. *Ingolf Pernice*, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht. Als Co-Direktor hat Prof. Dr. *Michael Kloepfer*, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Europarecht, Finanz- und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität, das Institut über lange Zeit wohlwollend begleitet.



Seit April 2016 ist Prof. Dr. *Matthias Ruffert* als Lehrstuhlnachfolger Direktor des WHI. Da es nicht über eigenes Personal verfügt, ist das Institut denjenigen überaus dankbar, die unabhängig, oder als Mitarbeiter des Lehrstuhls die Arbeit des WHI auch im Jahr 2017 mitgetragen haben: PD Dr. *Angela Schwerdtfeger* und Dr. *Enrico Peuker* als Akademische Räte a.Z sowie *Elena Kullak*, *Janek Löbel*, *Anna Sting* und *Martin Wapenhans* als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie *Friederike Grischek*, *Jasper Kamradt*, *Louise Majetschak* und *Moritz Schramm* als studentische Hilfs-

kräfte.

Die früheren Mitarbeiter Prof. Dr. *Frank Hoffmeister*, Prof. Dr. *Franz C. Mayer*, LL.M. (Yale), Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Prof. Dr. *Stephan Wernicke* sowie Prof. Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield), *Edgar Lenski*, *Dr. Maria Decheva*, *Roman Kowolik*, *Lars S. Otto*, LL.M. (LSE), *Laura Wolfstädter*, *Linda Engelbrecht* und *Sophia Weber* unterstützten das WHI jeweils in ihren neuen Funktionen in den neuen Tätigkeitsbereichen, von der Europäischen Kommission über die Universitäten Konstanz und Bielefeld, den DIHT bis hin zum Bundeskanzleramt und zur FU Berlin.

Förderverein

Der gemeinnützige Förderverein „Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V. – Freunde und Förderer des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht“ wurde im Januar 2000 zur Sicherstellung der fortlaufenden Finanzierung des WHI gegründet. Damit wurden die Arbeitsmöglichkeiten deutlich verbessert, insbesondere konnte die Beschaffung wichtiger Literatur für die WHI-Bibliothek sichergestellt und die Veröffentlichung der Reden des FCE und der Tagungsbände des ECLN ermöglicht werden. Der Verein steht natürlich wie institutionellen Mitgliedern offen. Er zählt inzwischen 55 namhafte Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft.

Institutionelle Mitglieder des Vereins sind die Sozietäten *Hengeler Mueller* und *Freshfields Bruckhaus Deringer*, und das *Bundesministerium der Justiz*.

Dem Förderverein kommt eine wesentliche Rolle bei der Deckung der Kosten zu. Im Jahr 2017 hat der Verein eine Gesamtsumme von 4283,12€ aufgebracht. Die hauptsächlichen Ausgabeposten betrafen die Anschaffung neuer Literatur für die Institutsbibliothek sowie Druckkostenzuschüsse für Publikationen.

In Zukunft soll sich der Verein weiter der Förderung der Publikationen des WHI widmen sowie zum Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek und der Pflege der institutseigenen Homepage beitragen. Hierzu bauen wir weiterhin auf die ideelle wie finanzielle Unterstützung aller Vereinsmitglieder. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30 €, institutionelle Mitglieder entrichten einen Mindestbetrag von 500 €. Wir danken allen Mitgliedern herzlich und freuen uns über jeden neuen Antrag auf Mitgliedschaft.

Unter sekretariat@whi-berlin.de kann mit dem Förderverein Kontakt aufgenommen werden.

Die Walter Hallstein-Bibliothek

Die in einem eigenen Bibliotheks- und Seminarraum untergebrachte Walter Hallstein-Bibliothek konzentriert sich auf verfassungs- und europarechtliche Literatur aus Mitglied- und Beitrittsstaaten der Europäischen Union und aus Drittländern, insbesondere den USA. Dazu gehören neben Monographien, Kommentaren und Lehrbüchern auch einige einschlägige juristische Zeitschriften. Die Bibliothek beherbergt u.a. auch Bestände, die durch Fördermittel des Grakov-Graduiertenkollegs finanziert werden konnten.

2017 wurde eine groß angelegte Inventarisierung des Bibliotheksbestandes weit vorangetrieben. Der gesamte Bestand im großen Bibliotheksraum (UdL 11, Raum 101) wurde so in der Katalogdatenbank erfasst, dass nunmehr anschließend alle Katalogdaten für moderne Bibliotheksdatenbanken konvertibel sind. Die weitere Verarbeitung dieser Daten erfolgt in Abstimmung mit der Fakultät sowie mit der Leiterin der Zweigbibliothek, Frau *Dr. Nadja Krüll*. Die

institutsinterne Nutzung des Buchbestandes wird durch ein Stellvertreterkartentersystem erleichtert.

Die Inventarisierung hat schon jetzt einen erheblich besseren Überblick über den Buchbestand erbracht. Die Literaturdatenbank des Instituts erfasst nur noch alle am Institut befindlichen Bücher und separaten Drucke, sie schlüsselt jedoch keine Einzelartikel zu den zentralen Sachthemen mehr auf, weil dies von anderen Datenbanken mittlerweile zuverlässig geleistet wird. Derzeit umfasst der Bestand der Bibliothek im großen Bibliotheksraum ca. 2100 Titel. Hinzu kommen die Bestände in Raum 103 (Raum der studentischen Mitarbeiter), deren Erfassung in der ersten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen wird.

Die WHI-Bibliothek mit ihrem Nebenraum mit Arbeitsplätzen für Gastforscher und Hilfskräfte war nicht nur das Zentrum der Forschungsarbeit, sondern wird gern auch für europarechtliche Seminare und die WHI-Werkstattgespräche genutzt. Die Walter Hallstein-Bibliothek steht für Forschungsarbeiten den Studierenden und Mitarbeitern der Humboldt-Universität sowie interessierten Forscherinnen und Forschern aus dem In- und Ausland offen. Interessierte können sich unter bibliothek@whi.eu für die Bibliotheksnutzung anmelden und haben unter <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/whi/institut-1/Bibliothek> Zugriff auf die Literaturdatenbank.

Für die Inventarisierung und Organisation der Bibliothek sind wir *Friederike Grisebek*, *Louise Majetschak* und *Moritz Schramm* zu großem Dank verpflichtet. Dank gebührt auch der Leiterin der Zweigbibliothek Rechtswissenschaft, Frau *Dr. Nadja Krüll*, für die weiterhin große Unterstützung bei der Bestandsaufnahme und Neukatalogisierung.

Die Webseite des WHI

Informationen zu allen vom Institut ausgehenden Aktivitäten und Publikationen werden der Öffentlichkeit auf unserer Webseite <http://whi.rewi.hu-berlin.de/> und auch auf einer speziellen facebook-Seite (<https://www.facebook.com/whiberlin>) zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören vor allem die Texte der Vorträge des FCE und der Humboldt-Reden zu Europa, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Kurzbeiträge zum europäischen Verfassungsrecht (WHI-Papers), aber auch Links zu anderen Angeboten zum Europarecht bzw. zur Europapolitik. Auch die Literaturdatenbank der Institutsbibliothek ist hier einsehbar.



Das European Constitutional Law Network (ECLN)

Das WHI ist zentraler Knoten eines Netzwerkes von Instituten mit ähnlicher Zielsetzung in den meisten Mitgliedstaaten Europas und den USA (European Constitutional Law Network), das mit einer eigenen Webseite auftritt (www.ecln.net). Das Netzwerk dient der europäischen bzw. internationalen Forschungskooperation sowie dem Gedankenaustausch zu Themen des Europäischen Verfassungsrechts. Es führt dazu internationale Symposien an den jeweiligen

Standorten der Partnerinstitute durch. Nicht zuletzt begünstigt die gemeinsame Arbeit in einem derartigen Netzwerk auch den Forschungsaustausch.

Das ECLN verfügt über keine eigenen Organe oder Einrichtungen. Prof. Pernice hat das Netzwerk ins Leben gerufen und nimmt seit der Gründung die Aufgabe des Koordinators wahr. Gegründet wurde es im Zusammenhang mit der WHI-Eröffnungstagung 1998 in Berlin. Seitdem veranstaltet das ECLN fast jährlich internationale Tagungen wechselnd an den Standorten der Mitglieder. Die bislang letzte Tagung fand am 21. Mai 2015 in Thessaloniki statt. Über sie informiert der Jahresbericht 2015.

Soweit verfügbar, sind alle Beiträge zu den Symposien auch auf der Webseite des ECLN unter www.ecln.net veröffentlicht. Dass der NOMOS-Verlag die Tagungsbände jetzt in Kooperation mit dem Verlag Peter Hart (Oxford) gemeinsam zu publizieren bereit ist, ist eine große Erleichterung, in Bezug auf die Kosten ebenso wie wegen der Verbreitung im englischen Sprachraum.

Seit einigen Jahren wurde im Blick auf die Intensivierung eines interdisziplinären Dialogs der Mitgliederkreis über die Experten des Europa- und Verfassungsrechts hinaus schrittweise auf Politikwissenschaftler ausgedehnt, die mit ihren Beiträgen Horizont und Perspektiven des ECLN wesentlich erweitern. Die aktuelle Liste der Mitglieder sowie weitere Informationen zum ECLN sind online unter www.ecln.net zu finden.

Die Kooperation im Projekt „Wir sind Europa“



2017 startete das auf drei Jahre angelegte Projekt Wir sind Europa!, das das Walter Hallstein-Institut, die Internationalen Journalistenprogramme e.V. und die Stiftung Zukunft Berlin gemeinsam initiiert haben und das von der Stiftung Mercator gefördert wird.

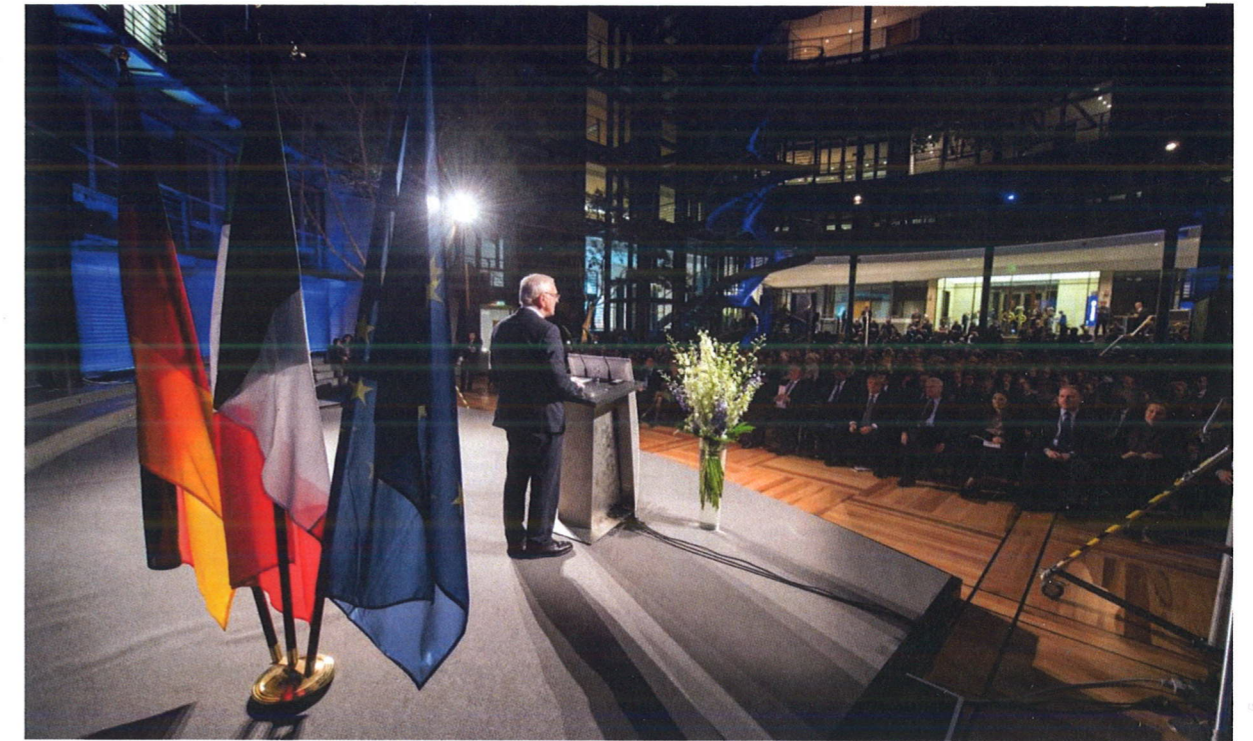
Ziel des Projektes ist eine Zusammenführung bisher eigenständiger Europa-Initiativen unter dem Titel „Wir sind Europa!“. Das Walter Hallstein-Institut trägt mit seinen Humboldt-Reden zu diesem Projektverbund erheblich bei. Zusätzlich sind die Europa-Rede am 9. November jeden Jahres und Europawerkstätten in mehreren Städten Deutschlands Teil dieses Projekts.

Das Herz von Wir sind Europa! ist eine „Basisgruppe“, die sich aus europarechtlich orientierten Studierenden der Humboldt Universität, Kulturaktivisten aus dem „A Soul for Europe“-Netzwerk der Stiftung Zukunft Berlin sowie Journalisten aus ganz Europa zusammensetzt. Mit ihrer Hilfe sollen die Humboldt-Reden, in denen wichtige Persönlichkeiten Europas ihre Einschätzung zur Lage und Zukunft der europäischen Integration darlegen, vermittelt und den Bürgern zugänglich gemacht werden. Dies geschieht zum einen über eine mediale Aufarbeitung der Projektinhalte, aber auch ganz konkret während der Europawerkstätten bei Diskussionen



-6- Diskussionen der Wir sind Europa! - Basisgruppe am 8. November 2017 in der WHI-Bibliothek, Foto: Jule Halsinger

mit Schülern, Jugendlichen, Studenten und Senioren. Die Studierenden, die über das Walter Hallstein-Institut Mitglied der Basisgruppe geworden sind, engagieren sich hier mit sehr viel Einsatz.



Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani spricht im Rahmen der Europa-Rede der Stiftung Zukunft Berlin am 9. November 2017 im Allianz Forum. Auch die Europa-Rede ist Teil des Projekts „Wir sind Europa“

Im Jahr 2017 richtete das Projekt zwei Europawerkstätten aus. Die erste Europawerkstatt fand zwischen dem 15. und 16. September in Zusammenarbeit mit der dortigen Stadtregierung und Arne Lietz, MdEP in Magdeburg statt. Dort setzte sich die Basisgruppe mit Schülern und Senioren in Kleingruppen mit dem Thema Europa auseinander. Abends fand unter dem Titel

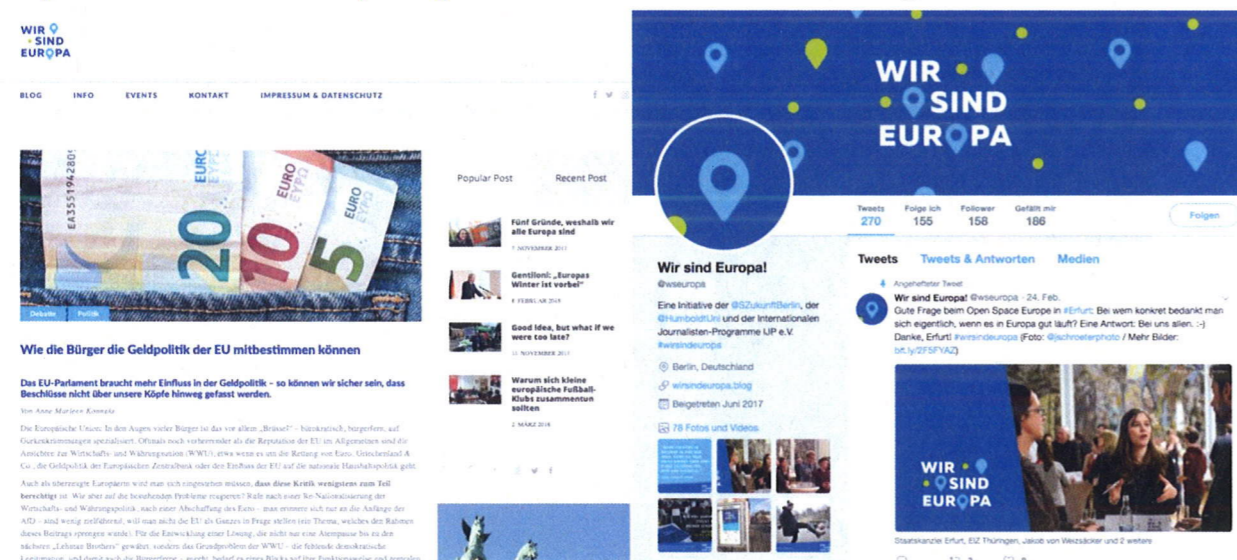


„Open Space Europe“ eine offene Diskussion zu Europa im Kunstmuseum Unser Lieben Frauen Magdeburg statt. Im Rahmen der „Europa-Rede“ des Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani am 9. November 2017 diskutierte die Basisgruppe unter anderem die Rolle der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union und die Demokratie in Europa. Das Walter Hallstein-Institut war für diese Diskussionen Gastgeber.

„Open Space Europe“ in Magdeburg, Foto: Andreas Lander

Über die Gegenstände der Projektarbeit im Rahmen von Wir sind Europa! und weitere europäische Entwicklungen informiert ein Blog von Katharina Krüger (Internationale Journalistenprogramme e.V.), der unter <http://wirsindeuropa.blog/> aufrufbar ist. Dort haben unter anderem *Anne-Marleen Könneke* (Studentin der HU) als auch *Anna Sting* einen Beitrag geschrieben.

Zudem lassen sich die jüngsten Inhalte des Projekts bei Twitter unter <https://twitter.com/wseuropa?lang=de> und #humboldtrede nachverfolgen.

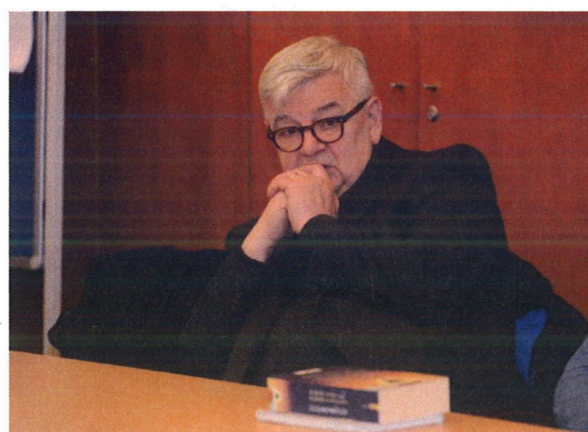


Beitrag von *Anne-Marleen Könneke* im Wir sind Europa!-Blog und Twitterauftritt des Projekts. Die Beiträge von *Anne-Marleen Könneke* und *Anna Sting* lassen sich unter <http://wirsindeuropa.blog/2017/11/06/eu-geldpolitik/> und <http://wirsindeuropa.blog/blog/2017/11/21/europas-identitaet-freiheit/> aufrufen.

4. Forum Constitutionis Europae (FCE)

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht ist der Öffentlichkeit vor allem durch seine Redereien bekannt.

Am 12. Mai 2000 hatte Bundesaußenminister *Joschka Fischer* an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten, in der er seine Gedanken über eine „Europäische Föderation“ entwickelte. Infolge der großen Resonanz auf diese Rede entstand die Idee, die Humboldt-Universität zu Berlin in besonderer Weise als Ort der perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grundfragen der Europäischen Integration auszuweisen.



Ehem. Bundesaußenminister *Joschka Fischer*

Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin, hier das Walter Hallstein-Institut, haben daher die Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zu einem lebendigen öffentlichen Diskurs über die Perspektiven der Europäischen Union beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen ehemalige oder amtierende Staats- und Regierungschefs sowie Präsidenten europäischer oder internationaler Institutionen über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas.

Als Diskussionsforum zum Europäischen Verfassungsrecht und zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa, in dem Wissenschaftler, Politiker, Richter und hohe Beamte als Referenten zu Wort kommen, war bereits seit Mitte 1998 das Forum Constitutionis Europae (FCE) zu einer Institution im Zentrum Berlins geworden. Seit 1999 wurde sie freundlicherweise durch die Robert Bosch Stiftung (RBSG) gefördert, seit April 2003 war das FCE ein gemeinsames Projekt vom WHI und der RBSG. Das breit gefächerte Spektrum der Vorträge eröffnet fruchtbare und an der aktuellen Entwicklung ausgerichtete Perspektiven und vermittelt Anregungen für Studierende, Politiker und Wissenschaft. Die Robert Bosch Stiftung hat ihre Förderung im Jahre 2014 beendet. Seit 2014 konnte eine neue Kooperation mit der *Stiftung Mercator* begründet werden, die vorerst für drei Jahre die Weiterführung mit bis zu sechs Vorträgen pro Jahr ermöglicht. Auf dieser Basis konnte das FCE in etwas abgewandelter Form wiederbelebt werden.

Im Jahr 2017 fanden zwei Vorträge im Rahmen des FCE statt:

Forum Constitutionis Europae (FCE): Rede von Emmanuel Macron am 10. Januar 2017

Emmanuel Macron, ehem. Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales der Französischen Republik und seinerzeit Kandidat für die französische Präsidentschaftswahl sprach im Rahmen der FCE-Reden zum Thema: „The Franco-German relation and the future of the European Union“ im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin. In seiner Rede wandte er sich vier großen Herausforderungen für die Europäische Integration zu: Sicherheit, Migration, Wirtschaft und Digitalisierung. Er führte aus, dass ein gemeinsames Europa und eine europäische Gemeinschaftswährung ohne Reformen nicht langfristig überleben können. Für eine bessere Sicherheitspolitik forderte er die Sicherung der Außengrenzen der EU und nicht die der Nationalstaaten. Europa solle auch einen gemeinsamen digitalen Markt errichten, um mit der weltweiten Entwicklung Schritt zu halten. Macron forderte in seiner Rede Deutschland auf, mit Frankreich gemeinsam die europäische Vision notfalls im Alleingang am Leben zu erhalten, da es seit einiger Zeit mehr Blockaden als Reformen in Europa gebe.



Das öffentliche Interesse an dieser Rede war überwältigend. Das Audimax mit seinen 750 Plätzen war überbucht. Unter den Gästen waren die Europaabgeordnete *Sylvie Goulard*, der frühere Bundesaußenminister *Joschka Fischer* und sein Parteikollege *Daniel Cohn-Bendit*. 60 Journalisten hatten sich für die Rede akkreditiert, was zu einer breiten Berichterstattung in deutschen und französischen Medien führte, u.a. zu einem ausführlichen FAZ-Artikel im Wirtschafts-



teil sowie zu einem Videobericht auf der Internetseite der Süddeutschen Zeitung. Die Rede ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=4Kxrd8gQbbE> in Wort und Bild dokumentiert. Eine bemerkenswerte Reaktion auf seine Rede ist diejenige der rechtsradikalen Präsidentschaftskandidatin in Frankreich, die *Macron* scharf angriff, weil er auf Englisch sprach. Der weitere Verlauf der Dinge ist mittlerweile bekannt...



Fotos: Elke A. Jung-Wolff

Forum Constitutionis Europae (FCE): Rede von Prof. Dr. Christian Calliess am 30. November 2017

Das WHI und das Promotionskolleg "Einheit und Differenz im europäischen Rechtsraum" der Humboldt European Law School veranstalteten am Donnerstag, dem 30. November einen gemeinsamen Gastvortrag im Rahmen des Forums Constitutionis Europae (FCE) und der Humboldt Comparative and European Law Lecture (HUCCELL).

Den Gastvortrag hielt *Prof. Dr. Christian Calliess*, derzeit Rechtsberater des Strategieteam (EPSC) des Präsidenten der Europäischen Kommission, zum Thema "Einheit und Differenz in der EU der Zukunft - Überlegungen im Lichte des aktuellen Weißbuch-Prozesses der Europäischen Kommission". Gerade für die teilnehmenden und mitdiskutierenden Doktorandinnen und Doktoranden war es besonders interessant, die Entwicklung der strategischen Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union aus nächster Nähe erläutern zu bekommen und auch kritisch diskutieren zu können.



Es hat sich gezeigt, welche spannenden Perspektiven die Grundlagen des Europarechts auch in der "Polykrise" (*Jean-Claude Juncker*) bieten.



Dank der freundlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der Kooperationspartner, der *Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland* und der *Stiftung Mercator*, können die Redereien im Verbund „Wir sind Europa!“ (s.o. S. 7ff.) fortgesetzt werden.

Alle Texte der diesjährigen Vorträge, Videoaufzeichnungen sowie einige Bilder und Anmerkungen zu den Reden sind unter: <https://plone.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/whi/FCE> verfügbar.

5. Werkstattgespräche

Auch 2017 fanden wieder einige spannende Werkstattgespräche in der WHI-Bibliothek statt. Das Institut freut sich hier über einen neuen Förderer und Unterstützer - die Sozietät Redeker Dahs Sellner - und das persönliche Engagement von Herrn Rechtsanwalt Dr. Ulrich Karpenstein in diesem Zusammenhang. Herzlichen Dank!



Werkstattgespräch 01/2017 - Brexit in Court: The UK Supreme Court, the Brexit Referendum and the Limits of Executive Power

Unter dem Titel "Brexit in Court: The UK Supreme Court, the Brexit Referendum and the Limits of Executive Power" fand am 13. Februar ein Werkstattgespräch am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht statt.

Die Diskussion wurde eingeleitet durch Statements zum soeben verkündeten Urteils des Supreme Court of the United Kingdom von *Prof. Gavin Phillipson* (Durham University) und *Martin Kothaus* (Abteilungsleiter, Europaabteilung, Auswärtiges Amt); sie wurde moderiert von Dr. *Ulrich Karpenstein* (Redeker Sellner Dahs) und *Prof. Dr. Matthias Ruffert* (WHI, HU Berlin).

Werkstattgespräch 02/2017: Welthandelsrecht und internationale Handelsbeziehungen der EU in der gegenwärtigen Weltpolitik

Lothar Ebring, Generaldirektion Außenhandel der Europäischen Kommission, hat unter dem Titel "Welthandelsrecht und internationale Handelsbeziehungen der EU in der gegenwärtigen Weltpolitik" am Mittwoch den 28. Juni 2017 um 18:00 Uhr in der WHI-Bibliothek (Raum 101) der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität gesprochen.

Nach dem Vortrag hat er mit *Dr. Ulrich Karpenstein* (Redeker Sellner Dahs), *Dr. Thomas Voland* (Freshfields Bruckhaus Deringer) sowie *Prof. Dr. Matthias Ruffert* diskutiert.



Werkstattgespräch 03/2017: The Future of the European Economic and Monetary Union



Das WHI hat am 6. Juli 2017 ein Werkstattgespräch zum Thema "The Future of the European Economic and Monetary Union" eingeladen. Grundlage der Diskussion war das "Reflection paper on the Deepening of the Economic and Monetary Union" der Europäischen Kommission.

Diskutiert haben *Prof. Mark Dawson* (Hertie School of Governance, Berlin), *Prof. Dr. Grégory Kalfleche* (Université de Toulouse 1 Capitole), *Prof. Dr. Thomas Perroud* (Université de

Paris 2 Panthéon-Assas) sowie *Prof. Dr. Matthias Ruffert*.

Dieses Werkstattgespräch präsentierte zugleich einige der Ergebnisse des deutsch-französischen Forschungsprojekts zur Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, das von der DFG gefördert wurde. Weitere Ergebnisse dieses Gemeinschaftsprojekts sind auf der Homepage unter <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/ls/rft/res/ZukunftWWU/ZukunftEMU> abrufbar.

6. DFG- Forschungsprojekt

Das Verwaltungsorganisationsrecht der Europäischen Union - eine rechtsvergleichende Untersuchung

Seit 2017 fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Forschungsprojekt von *Prof. Dr. Matthias Ruffert* mit dem Titel „Das Verwaltungsorganisationsrecht der Europäischen Union - eine rechtsvergleichende Untersuchung“.

Die konzeptionelle Erfassung des Rechts der Europäischen Union entfaltet sich schwerpunktmäßig auf der Ebene des Europäischen Verfassungsrechts. Die aktuell politisch schwierige Situation der Europäischen Union mit den unverkennbaren politischen Desintegrationstendenzen erleichtert die Fortführung der Diskussion nicht. Stattdessen spricht viel dafür, dass sich die Forschung stärker auch der „kleinen Münze“ des europäischen Konstitutionalisierungsprozesses auf der verwaltungsrechtlichen Ebene zuwenden sollte. In diesem Sinne ist Hauptziel des Projekts, Elemente eines Verwaltungsorganisationsrechts für die Europäische Union auf der Basis eines Vergleichs mit dem Verwaltungsorganisationsrecht der USA zu entwickeln und diese in einer Monografie in englischer Sprache darzulegen.

Die Arbeit wird den Konstitutionalisierungsprozess auf der verwaltungsrechtlichen Ebene über den Verbundcharakter der Verwaltung und die Ausdifferenzierung der EU-Eigenverwaltung hinaus beleuchten. Damit wird die Lücke der konzeptionellen Aufarbeitung im Sinne der Speicherfunktion verwaltungsrechtlicher Dogmatik geschlossen: So werden Bauformen der „polyzentralen“ EU-Verwaltung als institutionelle Typen der Verwaltungsorganisation derart konzeptualisiert, dass sie im Verwaltungsorganisationsrecht systembildende Kraft erreichen. Zudem werden die Legitimations- und Kontrollzusammenhänge sowie horizontale Verflechtungen zwischen einzelnen organisatorischen Strukturen in ihrer Vielfalt erfasst. Die vergleichende Untersuchung erfolgt anhand punktueller Elemente aus der deutschen und anderen mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen sowie am externen Maßstab des US-amerikanischen Verwaltungsorganisationsrechts. Dieser externe Maßstab dient insbesondere der besseren Analyse und konzeptionellen Verdichtung. Die rechtsvergleichende Arbeit mit dem Verwaltungsorganisationsrecht der USA orientiert sich an deren drei Themenschwerpunkten der Hierarchisierung, der *Independent Agencies* sowie der Kooperation. Sie verfolgt das Ziel, aus diesen Erkenntnissen Rückschlüsse auf das Verwaltungsorganisationsrecht der Europäischen Union unter Berücksichtigung der Kontextabhängigkeit von Regeln, Institutionen und Prinzipien zu ziehen.

Ein Forschungsaufenthalt von Prof. Ruffert an der Juristischen Fakultät der Yale Law School im Oktober und November 2017 hat eine besonders intensive Recherche im US-amerikanischen Recht ermöglicht, dies in enger Zusammenarbeit mit der Projektpartnerin *Susan-Rose Ackerman*, PhD, Henry R. Luce Professor of Jurisprudence, Law School and Department of Political Science, Yale University.

Für das DFG-Projekt sind *Elena Marie Kullak* als Wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie *Louise Majetschak* als Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht eingestellt. Sie leisten seit 2017 diverse Vorarbeiten im Forschungsprojekt mit einem Schwerpunkt auf der Literaturrecherche und -sammlung. Zudem ist die Einstellung eines/r weiteren Wissenschaftlichen Mitarbeiter/in für das Jahr 2018 beabsichtigt.

7. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI

Prof. Dr. Dres. h. c. Ingolf Pernice

Herausgeberschaften:

Papadopoulou/ Pernice/ Weiler (Hrsg.), Legitimacy Issues of the European Union in the Face of Crisis, 2017.

Veröffentlichungen:

1. Vom Völkerrecht des Netzes zur Verfassung des Internets: Privacy und Digitale Sicherheit im Zeichen eines schrittweisen Paradigmenwechsels, in: HIIG Discussion Paper Series, 2017.
2. Die Verfassung der Internetgesellschaft: Zur Rolle von Staat und Verfassung im Zuge der digitalen Revolution, in: HIIG Discussion Paper Series, 2017.
3. Cybersecurity Governance: Making Cyberspace a Safer Place, in: HIIG Discussion Paper Series, 2017.
4. Risk Management in the Digital Constellation – A Constitutional Perspective, in: HIIG Discussion Paper Series, 2017.
5. E-Democracy, the Global Citizen, and Multilevel Constitutionalism, in Prins/ Cuijpers/ Lindseth/ Rosina (Hrsg.), Digital Democracy in a Globalized World, 2017, S. 27-52.
6. Pernice/ Schildhauer/ Tech/ Djeffal (Hrsg.), IOT & TRUST – Researchers Conference Booklet, Eine Studie des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft, 2017.
7. Financial Crisis, National Parliaments and the Reform of the Economic and Monetary Union, in: Jancic (Hrsg.), National Parliaments after the Lisbon Treaty and the Euro Crisis. Resilience or Resignation?, OUP 2017, S. 115-139.
8. E-Government and E-Democracy: Overcoming Legitimacy Deficits in a Digital Europe, in: Papadopoulou/Pernice/Weiler (Hrsg.), Legitimacy Issues of the European Union in the Face of Crisis, 2017, S. 287-316.
9. CJEU Jurisprudence and the Audience: Making Law in a Public Discourse – Ten Years after CJEU Case C-144/04 Mangold v Helm, in: Czukzai/Naert (Hrsg.), The EU as a global actor – bridging legal theory and practice at the turn of the 21st century - Liber Amicorum Ricardo Gosalbo-Bono, 2017, S. 113-144.
10. European Constitutionalism and the Constitutions of the Member States. Implications for Brexit, in: 93 Boletim da Faculdade de Direito, 2017, tome 1, S. 211-244.
11. Staat 2.0? E-Government, Open Government und das Verhältnis von Staat und BürgerInnen, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), #digidemos. Kongress zu Digitalisierung und Demokratie. Impulssammlung, 2017, S. 12-13.
12. Brexit – Herausforderung für Europa, Podiumsdiskussion (Sonderveranstaltung des 71. Deutschen Juristentages (zus. mit Sylvie Goulard und Werner Hoyer, moderiert von Rein-

hard Müller), in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.), Verhandlungen des 71. Deutschen Juristentages Essen 2016, Bd. II/1 Sitzungsberichte (Referate und Beschlüsse)2017, Teil Q.

13. Brexit – Exercise of Democracy or a Challenge to Democracy, Tenth ECLN Conference (Lisbon 2017) in: WHI-paper 03/2017.
14. Risk Management in the Digital Constellation – A Constitutional Perspective, Conference Barcelona 2017, in: IDP Revista D’Internet, Dret I Política, 2018, i.E., vorveröffentlicht in HIIG Discussion Paper Series No. 2017-07.

Prof. Dr. Matthias Ruffert

1. Remarks on the language of administrative law scholarship in the EU: Carol Harlow/Päivi Leino/Giacinto della Cananea (Hrsg.), Research Handbook on EU Administrative Law, 2017, S. 69-77.
2. Secretariat, in: Stefanie Schmahl/Marten Breuer (Hrsg.), The Council of Europe, 2017, Chapter 8, S. 212-223.
3. The EMU in the ECJ: A New Dimension of Dispute Resolution in the Process of European Integration, in: Luigi Daniele/Pierluigi Simone/Roberto Cisotta (Hrsg.), Democracy in the EMU in the Aftermath of the Crisis, 2017, S. 335-352.
4. European integration in a crisis scenario: easy steps to revitalize the EU as a subject and to avoid disintegration? in: Samo Bardutzky/Elaine Fahey (Hrsg.), Framing the Subjects and Objects of Contemporary EU Law, 2017, S. 265-274.
5. The constitutional basis of EU administrative law, in: Susan Rose-Ackerman/Peter Lindseth, Comparative Administrative Law, 2. Aufl. 2017, S. 667-679.
6. Rechtsvergleichung als Perspektivenerweiterung – Neuorientierung(en) für Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtswissenschaft, in: Martin Burgi (Hrsg.), Zur Lage der Verwaltungsrechtswissenschaft, Die Verwaltung, Beiheft 12, 2017, S. 165-176.
7. Das Bundesverfassungsgericht als Akteur im Prozess der europäischen Integration, EuGRZ 2017, S. 241-249.

Dr. Angela Schwerdtfeger

Vereinbarungen zwischen Schwesterparteien im Verfassungsrecht. Verletzung des Wahlrechts der Bayern? in: NVwZ 2017, S. 841-846.

Dr. Enrico Peuker

Kommentierung der Art. 4 Nr. 24, 16, 17, 18, 19, 23, 56, 60, 61, 62 DS-GVO, in: Gernot Sydow (Hrsg.), Kommentar zur Datenschutz-Grundverordnung, 2017.

Moritz Schramm

Parlamentsheer oder Heeresparlament? Eine Kritik an der Reform des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, in: ZG 02/2017, S. 147-164.

8. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht/ WHI- Papers

Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dres. h. c. Pernice ist Herausgeber der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht beim Nomos-Verlag, Baden-Baden, in der jetzt der 41. Band erschienen ist. In dieser Schriftenreihe werden unter anderem die Beiträge zum FCE, von Prof. Pernice betreute bzw. im GRAKOV erstellte Dissertationen und weitere herausragende Monographien und Sammelbände aus dem Themenbereich des Instituts veröffentlicht. Im Jahr 2017 sind keine Schriften erschienen.

Eine Übersicht über alle bisher erschienenen Bände findet sich unter www.nomos-shop.de.

WHI-Papers 2017

Zudem veröffentlicht das WHI auf seiner Webseite regelmäßig Beiträge von Mitarbeitenden bzw. Mitwirkenden des WHI zu aktuellen Fragen des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts unter der Rubrik „WHI-Papers“.

Im Jahr 2017 sind folgende Papers erschienen:

- WHI-Paper 01/2017: *Ingolf Pernice*: „European Constitutionalism and the National Constitutions of the Member States: Implications for Brexit“.
- WHI-Paper 02/2017: *Anne Marleen Könneke*: „Parlamentarische Legitimation der Wirtschafts- und Währungsunion – Stand und Perspektiven“.
- WHI-Paper 03/2017: *Ingolf Pernice*: „Brexit- Exercise of Democracy or a Challenge to Democracy?“.

9. Internationaler Austausch, Doktoranden und Habilitanden

Gastforscher

Das Walter Hallstein-Institut steht Gastforschern aus dem Ausland offen, die Themen zum Europäischen Verfassungsrecht bearbeiten. Auch im Jahre 2017 konnte das WHI zwei Gastforscherinnen und vier Gastforscher willkommen heißen:

Herr Gonzalo Carranza, Universidad Autónoma de Madrid
Herr Prof. Dr. Grégory Kalfleche, Université de Toulouse 1 Capitole
Frau Prof. Dr. Claire Mongouachon, Université de Paris X – Nanterre
Herr Prof. Dr. Thomas Perroud, Université de Paris 2
Frau Anna Sting, Erasmus Universität, Rotterdam
Herrn Prof. Dr. Jiri Zemánek, Karls Universität, Prag

Prof. Ruffert war im Februar/März 2017 Gastprofessor an der Universidad Autónoma de Madrid und absolvierte im Oktober 2017 einen Forschungsaufenthalt im Rahmen des DFG-

Projekts „Verwaltungsorganisationsrecht der Europäischen Union“ an der Yale Law School, New Haven CT, USA.

Betreuung von Doktoranden und Habilitanden

Prof. Pernice und Prof. Ruffert engagieren sich zudem für die Betreuung von Promotionsarbeiten und Habilitationsschriften zu im weitesten Sinne international-, europa- und verfassungsrechtlichen Themen. 2017 wurden folgende Habilitationsvorhaben abgeschlossen:

- *Dr. Angela Schwerdtfeger*: „Krisengesetzgebung – Funktionsgerechte Organstruktur und Funktionsfähigkeit als Maßstäbe der Gewaltenteilung“, Jus Publicum bei Mohr Siebeck, Erscheinungsdatum: 1. Mai 2018.
- *Dr. Mattias Wendel*: „Verwaltungsermessen als Mehrebenenproblem – zur Verbundstruktur administrativer Entscheidungsspielräume am Beispiel des Migrations- und Regulierungsrechts“, Erscheinen in Vorbereitung für 2018.

10. Beteiligung an der Lehre

LL.M.-Programm

Das WHI betreut jedes Jahr Studierende aus dem LL.M.-Programm der Humboldt-Universität, die Arbeiten im Europäischen Verfassungsrecht erstellen. Die LL.M.-Studierenden sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des WHI den internationalen Gedankenaustausch über die Forschungsarbeit am Institut zu bereichern. Die von Prof. Ruffert betreuten Masterarbeiten sind in der Regel auf rechtsvergleichende Themen zum Europäischen Verfassungsrecht ausgerichtet.

Im Jahr 2017 wurden folgende Masterarbeiten abgeschlossen:

- *Abuzaina, Mohammed*: Die Behandlung israelischer Siedlungen im Westjordanland im internationalen Wirtschaftsrecht.
- *Sans, Marion*: Die Erweiterung des Klagerechts von Umweltverbänden durch das EuGH-Urteil vom 15.10.2015 - Vergleich von deutschem und französischem Recht.
- *Schwarze, Anna*: Die Verfassung des Vereinigten Königreichs als Auslöser des Brexit.
- *Staćzyk, Olga Maria*: Rechtliche Regelungen zur Sicherung der Unabhängigkeit von Verfassungsgerichten - Polen und Deutschland im Vergleich. Überlegungen über die polnischen Rechtsnormen, die bei der Entstehung und Verschärfung der Verfassungskrise in 2015 und 2016 von Bedeutung waren, und über deren deutschen Äquivalente.

Model European Union Conference (MEUC)

Die Model European Union Conference ist eine Übung, bei der abwechselnd Sitzungen des Rates der Europäischen Union auf Englisch und Sitzungen des Gerichtshofs der Europäischen Union auf Deutsch simuliert werden. Unter der wissenschaftlichen Leitung von *Dr. Enrico Peuker* sollen die Studierenden hier praktische Erfahrungen in der Verhandlung europäischer Themen im Rat sowie bzgl. des Zustandekommens von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs sammeln. Dabei können sie zugleich diplomatisches Geschick, Verhandlungstechniken, Fremdsprachenkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten und die Anwendung des Unionsrechts trainieren. Dank der großzügigen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich die MEUC zu einer überaus effektiven und auch ertragreichen Veranstaltung entwickelt, die sich bei internationalen wie einheimischen Studierenden großer Beliebtheit erfreut. Die Organisation der MEUC hat *Martin Wapenhans* tatkräftig unterstützt.



Gruppenfoto der MEUC 2017 mit *Dr. Enrico Peuker* und *Martin Wapenhans*

Im Sommersemester 2017 hat die MEUC in enger Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Sitzung des Europäischen Konvents simuliert. Im Lichte der fortschreitenden Digitalisierung und des technologischen Wandels zielte die Simulation auf die Erarbeitung eines Entwurfs zur Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union ab. Nach erwartungsgemäß kontroverser Debatte konnten sich die Vertreter der Mitgliedstaaten mehrheitlich auf eine solche Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union einigen. Bei weitergehendem Interesse lassen sich die beschlossene Charta und ein zusammenfassender Kurzfilm der Simulation auf der Homepage des MEUC unter www.meuc.eu abrufen.

Gegenstand der Simulation im Wintersemester 2017/18 war ein an den Europäischen Gerichtshof gerichtetes Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts zum Umfang der Kontrollpflicht von Busunternehmen an den Schengen-Binnengrenzen. Bei einem Vorbereitungstreffen hat die Referentin *Dr. Eisenberg* aus dem Referat des Bundeswirtschaftsministeriums, das mit der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor den europäischen Gerichten vertraut ist, den Verfahrensablauf erklären und einen vertieften Einblick in die Verhandlungspraxis vor dem EuGH geben können.

Zur Auslegung des einschlägigen Unionsrechts haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der mündlichen Verhandlung als Vertreter der Klägerin, der Beklagten, eines Mitgliedstaats oder der juristischen Dienste der europäischen Organe Stellung genommen. Das Gericht entschied in beiden Vorlagefragen zugunsten der Klägerin und folgte dabei weitestgehend der vorangegangenen Argumentation der beiden Generalanwälte.



Gruppenfoto der MEUC 2017/2018 mit *Dr. Enrico Peuker* und *Jasper Kamradt*

Auf der Homepage des MEUC unter www.meuc.eu findet sich ein Kurzfilm sowie ein ausführlicher Bericht zur Simulation. Die Homepage informiert auch über vergangene und aktuelle Sitzungen der MEUC in Form von Berichten, Schriftsätzen und Videos. Als Ansprechpartner steht *Jasper Kamradt* unter info@meuc.de zur Verfügung.

Seminar: Die Europäische Union als parlamentarische Demokratie



Im Sommersemester 2017 konnte eine schöne, von Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice* begründete Tradition des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht in besonderer Weise fortgesetzt werden: Zum Seminar „Die Europäische Union als parlamentarische Demokratie“, gemeinsam veranstaltet vom Direktor beim Deutschen Bundestag, Staatssekretär Prof. Dr. *Horst Risse*, sowie Prof. Dr. *Matthias Ruffert* und unterstützt durch

Dr. Enrico Peuker, gehörte auch eine Exkursion zu den europäischen Institutionen in Brüssel. Sie fand vom 6. bis 8. Juni statt und stellte die Parlamentarisierung der Entscheidungsverfahren in der EU in den Mittelpunkt. Dementsprechend standen Gespräche mit dem Generalsekretär des Europäischen Parlaments, *Klaus Welle* sowie dem Abgeordneten *Jakob von Weizsäcker* auf dem Programm. Jedoch wurde nicht nur die supranationale Seite des EU-Parlamentarismus beleuchtet: Im Informationsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel, dessen Leiterin *Vesna Popovic* der besondere Dank des Seminars gebührt, informierten sich die Teilnehmer über die Einbindung des deutschen Parlaments in die Europapolitik vor Ort bei verschiedenen Vertretern der Bundestagsverwaltung und der Bundestagsfraktionen, aber auch von „Lobbyisten“. In der Bayerischen Landesvertretung wurde die Einbindung der Landtage diskutiert, denn der Bayerische Landtag verfügt dort über eine eigene Repräsentanz.

Abgerundet wurde das Bild durch einen Besuch in der Europäischen Kommission mit Vorträgen der Leitungs- wie der Arbeitsebene, durch ein Gespräch mit dem stellvertretenden Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, durch eine Diskussion mit dem „Europanetzwerk Deutsch“ sowie durch Abendveranstaltungen bei den Anwaltssozietäten Baker&McKenzie und Freshfields.



Fotos: stud. iur. Leonard Schott Strömberg

Auch in Berlin wurde das Seminar besonders durch die Zusammenarbeit mit Prof. Risse bereichert, der seit 2016 Honorarprofessor an der Fakultät ist. So besuchten die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer eine Anhörung des Europaausschusses im Deutschen Bundestag, und dessen Vorsitzender, Gunther Krichbaum, informierte in einer der Seminarsitzungen über die Arbeit des Ausschusses.

Die Europäische Union ist eine besondere parlamentarische Demokratie, deren wissenschaftliche Analyse auch in der Praxis lohnt. Die Hanns Martin Schleyer-Stiftung und die Bibliotheksgesellschaft haben die Exkursion finanziell möglich gemacht – ganz herzlichen Dank!

Matthias Ruffert



11. Kontakt

Walter Hallstein-Institut

Prof. Dr. Matthias Ruffert

Geschäftsführender Direktor

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin

Juristische Fakultät

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Besucheranschrift:

Humboldt-Universität

Unter den Linden 11

Raum 104b

Herr Dennis Mandrela

Tel: 030 2093-3440

Fax: 2093-3449

E-Mail-Adresse des Walter Hallstein-Instituts:

sekretariat@whi-berlin.de

Homepage des Walter Hallstein-Instituts:

<https://plone.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/whi/>

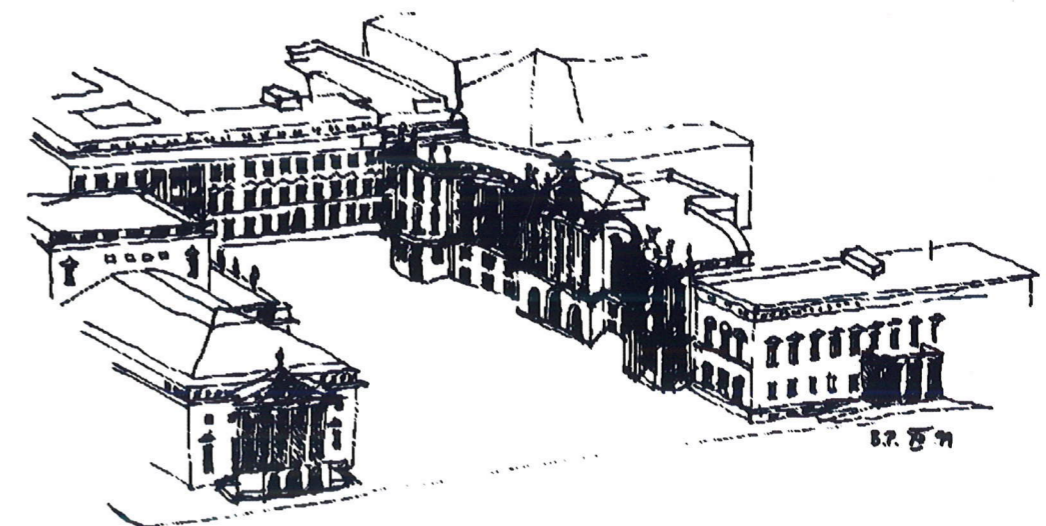
Spendenkonto:

Verein für Europäisches Verfassungsrecht

IBAN DE02 1007 0000 0060 1500 00

BIC / SWIFT-Code DEUTDE33HAN

Deutsche Bank



Impressum

Herausgeber:

V.i.S.d.P.:

Redaktion:

Druck:

Fotos:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Matthias Ruffert

Anton Sauder

Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin

Fotografin Elke A. Jung-Wolff, Solmsstraße 7, 10961 Berlin